

Landkreis Ravensburg

den 15. Apr. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am 23.02.2021 als Videokonferenz

Dauer 14:30 Uhr bis 20:05 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Elmar Buemann

Frau Christa Fuchs

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Axel Müller

Herr Christian Natterer

Herr Robert Schweizer

Herr Waldemar Westermayer

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle

Herr Michael Lang

Herr Dr. Hermann Schad

Herr Roland Schmidinger

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Elke Müller

Herr Bruno Sing
Herr Heinz Strubel
Herr Martin Weiß
Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Gerhard Lang

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Max Scharpf

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen und Immobilien

Frau Iris Steger

Dezernentin Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlicher Raum

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Recht, Migration und Verbrau-
cherschutz

Frau Heidi Wucherer

Amtsleiterin Verkehrsamt zu TOP 10

Herr Hubert Messmer

Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP zu TOP 3,
5 und 12

Herr Dr. Robert Gayer

Amtsleiter Veterinäramt zu TOP 7

Herr Stefan Leinweber

zu TOP 10

Gäste

Herr Walter Göppel

Energieagentur Ravensburg zu TOP 4

Herr Simon Oelschläger

PTV Transport Consult GmbH zu TOP 10

Herr Moritz Ott

Landschaftserhaltungsverband Landkreis
Ravensburg eV. zu TOP 5

Abwesend:

FWV

Herr Wilhelm Graf

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

3. 0012/2021
Ravensburg, Kreishaus I, Verbesserung baulicher Brandschutz

Angelegenheiten des Ersten Landesbeamten

4. 0167/2020
Umsetzung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen

Mitteilungsvorlagen

5. 0016/2021
Biodiversitätsstrategie für den Landkreis Ravensburg - Sachstandsbericht
6. 0191/2020
Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Landkreis Ravensburg –
Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2020
7. 0190/2020
Schlachtgeschehen und Tiertransporte im Landkreis Ravensburg –
Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2020

Anträge gem § 29 I 4 LKrO

8. 0020/2021
Kiesabbau im Landkreis Ravensburg –
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2021 und Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2021

- 8.1 0039/2021
Reduktion Kiesabbau und Förderung von Recycling-Baustoffen –
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021
- 8.2 0041/2021
Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis Ravensburg - Nachhaltigkeitsbe-
richt der Landkreisverwaltung –
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2021, Nr. 3
- 8.3 0042/2021
Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis Ravensburg – Mobilitätsstrategie
der Landkreisverwaltung –
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2021, Nr. 5
9. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

10. 0005/2021
ÖPNV im Landkreis Ravensburg – Konzept für ein neues Regionalbussystem mit
flexiblen On-Demand-Verkehren

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

- 10.1 0004/2021
Neuordnung Straßennetz bei Kißlegg

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

11. 0008/2021
Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn
Dr. Thomas Heilig
12. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zu den Protokollen der vorausgegangenen Sitzungen gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

3. 0012/2021

Ravensburg, Kreishaus I, Verbesserung baulicher Brandschutz

KR Sing fragt, was geschehe, wenn die Bauarbeiten nicht planmäßig abgeschlossen werden könnten.

KR Kellenberger möchte wissen, warum eine Brandmeldeanlage in der beschriebenen Form umgesetzt werden müsse.

KR Westermayer erkundigt sich nach der geplanten Nutzung von Gebäude und Grundstück am Standort Friedenstraße 6 nach Fertigstellung des Kreishauses II.

Herr Baur antwortet, er gehe davon aus, dass der Terminplan eingehalten werden könne. Im Bedarfsfall halte er eine Fristverlängerung durch die Stadt Ravensburg um sechs Monate für realisierbar. Erst wenn eine wesentlich längere Nutzung des Kreishauses I über das Jahr 2025 hinaus erforderlich werden sollte, etwa durch erhebliche Verzögerungen am Standort Kreishaus II, seien weitere Maßnahmen erforderlich. Der Maßnahmenkatalog für den Brandschutz sei mit der Stadt Ravensburg als Baurechtsbehörde besprochen und nicht mehr verhandelbar. Er bilde auch nur die Mindestanforderungen ab. Am Ende der Nutzung solle das Areal im Rahmen eines Bieterverfahren vermarktet und der Wohnbebauung zugeführt

werden. Sobald der Planungswettbewerb für das Kreishaus I abgeschlossen sei, wolle man mit dem Bebauungsplan für die Friedenstraße 6 als Vorbereitung für die Ausschreibung beginnen und diesen bis 2025 umsetzen. Geschaffenes Baurecht werde den Wert des Grundstücks erheblich steigern.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes am Kreishaus I umzusetzen. Das Projektbudget wird auf 1,11 Mio. € festgesetzt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Ersten Landesbeamten

4. 0167/2020

Umsetzung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen

KR Sing weist auf seinen Antrag vom 18.02.2021 hin und möchte wissen, wo der Landkreis bei der Erzeugung erneuerbarer Energien konkret stehe, wieviel Energie verbraucht werde, „wohin die Reise gehen soll“ und wie die Schwerpunkte im Bereich Klima, Energie und Mobilität aussähen.

Der Vorsitzende erklärt, alle Punkte des Antrags seien heute auf der Tagesordnung. Auch Herr Göppel werde sich dazu äußern. Man habe die Chance auf eine ganzheitliche Diskussion. Nicht alles könne in einer einzigen Vorlage abgebildet werden.

KR Bindig wünscht eine Strukturierung der Debatte. Es wäre seiner Auffassung nach für eine zielgerichtete Diskussion hilfreich gewesen, wenn Herr Dr. Honikel-Günther im energiepolitischen Arbeitsprogramm kenntlich gemacht hätte, welche Maßnahmen hinzugekommen und welche gelöscht worden seien.

Der Vorsitzende erläutert, im Rahmen dieses TOPs würde Nr. 1 des Antrags von KR Sing behandelt. Zu Nr. 2 werde Herr Neisecke in der nächsten Ausschusssitzung einen Zwischenbericht präsentieren. Nr. 3 und 5 seien separate TOPs, die heute im weiteren Verlauf zur Beratung anstünden. Nr. 4 des Antrags werde in der

nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Kreisentwicklung behandelt, da dieser für das Thema zuständig sei. Beim nächsten energiepolitischen Arbeitsprogramm werde Erledigtes durchgestrichen erscheinen und Neues farbig.

Herr Göppel gibt einen fachlichen Impuls zum Energiebericht 2019.

KR Dr. Dieterich fragt, ob es nicht besser sei, Teile der Flotte im Fuhrpark durch Mietfahrzeuge zu ersetzen oder den ÖPNV stärker zu nutzen, da die Fahrzeuge durchschnittlich nur 13.500 km pro Jahr unterwegs seien. Er bitte um eine Auswertung des Fuhrparks nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Der Vorsitzende berichtet von einer fortlaufenden Analyse des Fuhrparks durch das zuständige Hauptamt auch unter dieser Perspektive. Über Optimierungspotenziale solle nochmals diskutiert werden. Allerdings würden die Fahrzeuge weniger für Fernfahrten, sondern hauptsächlich für Außentermine mit kürzeren Anfahrten genutzt und hätten daher längere Standzeiten. Der Großteil der Autos werde geleast und im Anschluss auch weiter genutzt. Nur E-Fahrzeuge seien gekauft.

KR Sing bemerkt, durch den Einsatz von Fahrrädern und Lastenrädern könnten Leasingkosten eingespart werden. Für den Energiebericht im nächsten Jahr rege er eine PPT-Präsentation an. Er fragt Herrn Göppel, ob die Energieagentur über genügend Personal verfüge oder ob nachgesteuert werden müsse. Er möchte außerdem wissen, ob das Programm zur Förderung von Stecker-Photovoltaik-Geräten im eigenen Heim noch aktiv sei, wie es genutzt werde und weiter befördert werden könne. Er erkundigt sich außerdem nach dem Sachstand bei der Biogasnutzung.

KR G. Lang fragt, ob im Hinblick auf eine Rezertifizierung des Landkreises für den European Energy Award bei den Handlungsfeldern Kommunale Gebäude und Anlagen sowie Mobilität ausreichende Fortschritte erzielt worden seien.

Herr Göppel informiert, die Nachfrage bei der Energieagentur sei enorm. Es bestehe Personalmangel. Mit einer Förderung von Neueinstellungen sei demnächst zu rechnen. Hinsichtlich der Rezertifizierung kenne er die Ergebnisse bereits. Es bestehe jedoch noch eine Verschwiegenheitspflicht. Bei den Kriterien habe es zwar Verschärfungen gegeben, er habe jedoch ein „gutes Gefühl“, dass der Landkreis diese habe kompensieren können und im Ergebnis nicht schlechter geworden sei.

KR Sing erkundigt sich, ob die Landkreisverwaltung vermehrt Recycling-Papier verwende. Recyclingquoten würden immer mehr reduziert, alle Unterlagen seien auf weißes Papier gedruckt.

Der Vorsitzende erklärt, er nehme diese Frage nochmals mit. Die Diskussionen zu den Handlungsfeldern würden weitergeführt, sobald die Ergebnisse zur Rezertifizierung vorlägen. Die Kernbotschaft für ihn sei, dass der Landkreis trotz verschärfter Kriterien weiterhin die Auszeichnung „Gold“ erhalte.

Herr Baur antwortet KR Sing, beim Thema Biogas befinde man sich „auf der Zielgeraden“. Mit der Loacker Recycling GmbH in Lustenau sei man in abschließenden Verhandlungen. Mit einer Fertigstellung des Konzepts, das eine Zertifizierung beinhalte, werde 2022 gerechnet. Dieses werde man dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.

KR Sing bedankt sich für die Arbeit zum Thema Klimaschutz. Der Landkreis sei hier „gut unterwegs“. Nr. 2 seines Antrags könne gestrichen werden, da die Mittel bereits eingesetzt würden.

KR Aicher bedankt sich bei Herrn Göppel für den Bericht. Bilanz werde 2025, zehn Jahre nach dem Pariser Klimaschutzabkommen, zu ziehen sein. Im Jahr 2019 habe Herr Göppel erklärt, dass Solarmodule auf Dächern bis in 10 Jahren 90% der Energie produzieren könnten. Er fragt, ob das Ziel, ein rein photovoltaisch versorgter Landkreis zu sein, nicht schon 2025 erreicht werden könne.

Herr Göppel antwortet, wenn jeder auf seinem Dach eine Photovoltaik Anlage installieren würde, seien die 90 % machbar. Jedes Dach sei jedoch unterschiedlich. Auch Sanierungsbedarf oder mehrgeschossiger Wohnungsbau mit bürokratischer Umsetzung könne ein Hemmnis darstellen, ebenso der Fachkräftemangel bei den Installateuren. Von daher sei eine Umsetzung des Ziels bis in 10 Jahren realistisch.

Herr Baur erklärt, eine Beschlussfassung zu Nr. 2 entfalle, da die Mittel im Haushalt bereitstünden.

Geänderter Beschlussentwurf der Verwaltung:

1. Die Aktualisierung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms sowie der Energiebericht 2019 und der Fuhrparkbericht 2019 werden zur Kenntnis genommen. Das Energie- und Klimaschutzteam unter Leitung von ELB Dr. Honikel-Günther wird beauftragt, die Energie- und Klimaschutzmaßnahmen des Energiepolitischen Arbeitsprogramms umzusetzen.

~~2. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Mittel in den Haushaltsplänen 2021 ff zur Verfügung gestellt werden.~~

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

5. 0016/2021

Biodiversitätsstrategie für den Landkreis Ravensburg - Sachstandsbericht

Herr Ott stellt den Sachstandsbericht mit einer PPT-Präsentation vor.

Der Vorsitzende verweist auf die mit Datum vom 18.02.2021 eingereichten Fragen von KR Sing.

Herr Ott beantwortet Nr. 3 der eingereichten Fragen von KR Sing. Für Kinder und Jugendliche seien verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen zur Umweltbildung geplant gewesen, z.B. zum Thema Streuobst. In Kooperation mit der PH-Weingarten habe ein Exkursionsprogramm sowie ein Projekt „Biodiversität im Klassenzimmer“ auf der Agenda gestanden. Wegen der Corona-Situation habe jedoch nichts davon stattfinden können.

Frau Steger nimmt Stellung zu den Fragen Nr. 4 bis 6 von KR Sing. Im Zusammenhang mit dem Preisverfall habe der Landkreis kein Konzept. Nicht alle Gemeinden im Landkreis hätten Streuobstbestände und beteiligten sich aus diesem Grund nicht. Das Streuobstprogramm sei ein Angebot des Landkreises, man wolle niemanden dazu zwingen. Da es genug Interessenten gebe, sei keine weitere Werbung für das Projekt erforderlich. Mit der Aktion „Jungbäume fürs Oberland“ solle eine qualitativ hochwertige Pflanzaktion etabliert werden, die von den Gemeinden

viel eigenes Engagement verlange. Man hoffe auf eine höhere Beteiligung im nächsten Jahr. Allerdings seien die Ressourcen der Fachwarte für Obst- und Gartenbau, die die Pflege der Jungbäume übernähmen, begrenzt.

KR Weiß bedankt sich bei Herrn Ott für seine Arbeit und bittet um stark bleibende Ambitionen. Fördermittel seien häufig genannt worden. Wenn man sich in Richtung einer Bio-Musterregion bewegen wolle, sei eine Umsetzung im Alltag auch ohne Fördermittel wichtig. Er fragt, ob es Rückmeldungen zum Blühstreifenprojekt gebe. In der Zeitung sei über abgemähte Bestände berichtet worden.

KR Westermayer bedankt sich für die gute Arbeit und bemerkt, auch von konventionell arbeitenden Landwirten würden Blühstreifen angelegt. Von Sportvereinen lägen ebenfalls Anträge vor. Hier halte er eine Beratung für erforderlich. Den geforderten Einsatz von 50% Bioprodukten in Landkreiskantinen halte er für zu hoch. Er fragt, welche Inhalte bei dem erwähnten Projekt „Biodiversität im Klassenzimmer“ vorgesehen seien.

KR Dr. Schad freut sich über den spürbaren „Enthusiasmus“ hinter der Arbeit. Bezüglich des Streuobstprojektes rege er an, die Entwicklungsphase nach der Pflanzung in den Blick zu nehmen. Es sei entscheidend, die Bäume gut zu pflegen und zu schneiden. Er fragt Frau Steger, wie man das Projekt in den ersten fünf Jahren begleite und wie man verloren gegangenes Know-how wieder aufbauen wolle.

KR Sing richtet einen großen Dank an alle Beteiligten. Präsentation, Internet- und Instagram-Auftritt seien sehr gelungen. Bedauerlich sei, dass einige Gemeinden ihre Streuobstbestände nicht „im Griff“ hätten. Er fragt, wie viele Fachwarte im Landkreis ansässig seien und wie das Ausbildungsprogramm aussehe. Auch Kinder sollten bereits an dieses Thema herangeführt werden. Er erinnert an den Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.12.2017, in dem bereits Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgeschlagen worden seien und der zur Beschlussvorlage 0202/2017 geführt habe. Schon damals sei beschlossen worden, dass kein Glyphosat mehr zum Einsatz kommen und einheimisches Saatgut verwendet werden solle.

KR Bindig bittet um eine noch „stärkere Gangart“ beim Thema Biodiversität. Für die naturnahe Gestaltung von Fimengelände solle ein größerer Impuls gesetzt werden. Bei der Aktion „Jungbäume fürs Oberland“ wünsche er sich eine höhere Beteili-

gung. Er fragt, was der Begriff Spenderflächenkataster auf Seite 4 bedeute.

Herr Ott antwortet KR Weiß, man beantworte täglich Anfragen zum Blühstreifenprojekt. Das Bild eines Rasenmähers über einer Blühwiese sei ein „Worst Case“, der nicht eintreten sollte. Bedauerlicherweise funktionierten Maßnahmen nur mit Fördermitteln. 80% der Interessenten würden sofort danach fragen. Mit einer Saatgutspende versuche man zu unterstützen. Landwirte müssten das Saatgut dann nur noch ausbringen. KR Westermayer antwortet er, das Projekt „Biodiversität im Klassenzimmer“ habe nicht das Ziel, eine einmalige Aktion zu bewirken, sondern Gedanken und Maßnahmen nachhaltig zu verankern sowie Lehrer in das Netzwerk zu integrieren. Wettbewerbe würden ausgeschrieben, Gewinnerschulklassen durch den Prozess begleitet und ein kleiner Etat gewährt. Bei dem von KR Bindig angesprochenen Spenderflächenkataster handele es sich um ein Register von Flächen, die aus naturschutzfachlicher Sicht besonders artenreich und zur Gewinnung gebietsheimischen Saatgutes geeignet seien. Damit könnten Empfängerflächen beimpft und so naturnah begrünt und aufgewertet werden. Langfristig könne man so auch besondere Hotspot-Flächen vergrößern.

Frau Steger ergänzt, zur Stärkung einer Bio-Musterregion sei es auch wichtig, die regionale Nachfrage anzukurbeln. Sportvereine könnten vom Landschaftserhaltungsverband angeschrieben werden, um Informationen über das Blühstreifenprojekt zu erhalten. Für Fachwarte finde einmal jährlich eine Ausbildung durch das Landwirtschaftsamt in Verbindung mit dem KOB Bavendorf statt. Im Verein Fachwarte Obst & Garten Ravensburg e.V. seien 150 bis 200 Fachwarte organisiert. Kurzschulungen seien ebenfalls Teil des Programms, wegen der Corona-Situation zurzeit jedoch nicht möglich. Durch das Biodiversitätsstärkungsgesetz sei die Verwendung von Glyphosat ab 2024 generell verboten.

Herr Meißner erklärt im Hinblick auf die Fragen Nr. 1 und 2 von KR Sing, auf kreiseigenen Rasen- und Grünflächen sei der Einsatz von Glyphosat ausgeschlossen.

Frau Steger fügt hinzu, bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplans wolle man mit den Kommunen ins Gespräch kommen, um Biodiversitätsthemen zu berücksichtigen. In Bezug auf Firmenflächen könne der Landkreis zwar für den Biodiversitätsgedanken werben, jedoch niemanden zwingen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. 0191/2020

Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Landkreis Ravensburg – Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2020

Frau Steger berichtet zum Stand der Umsetzung.

KR Krattenmacher konstatiert eine positive Veränderung bei den Gewässern und bedankt sich für die Arbeit. Er berichtet von einem Rückschlag bei der Gewässerrenaturierung der Wolfegger Ach. Gepflanzte Bäume seien vom Biber beschädigt worden und müssten nachgepflanzt werden. Ganze Maßnahmenbündel könnten durch Biber „obsolet“ gemacht werden könnten. Dieses Thema müsse in die Fachdiskussion einbezogen werden.

KR Bindig bedankt sich für den Bericht. Jedoch stelle sich nun heraus, dass von 24 Maßnahmen erst 10 umgesetzt seien und die gesetzten Ziele nicht erreicht werden könnten. Damit drohe ein Verfahren, da die Bundesregierung die Länder weiter verpflichte, die Ziele umzusetzen und ausreichend Personal und Finanzmittel dafür zur Verfügung zu stellen. Dies habe eine Kleine Anfrage an den Bundestag ergeben. Frau Steger handele als Untere Landesbehörde. Er frage, ob das vorhandene Personal ausreichend sei und wie man sich den weiteren Fortgang vorstelle, wenn man noch „deutlich hinterher“ sei. Bis zum Ende des dritten Bewirtschaftungszyklus müssten die Aufgaben erfüllt sein. Er bitte außerdem darum, den Kreistag künftig wieder schriftlich über die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu informieren, so wie es auch bis 2013 üblich gewesen sei. Danach sei die Tabelle aus dem Haushalt „verschwunden“. Diesen schriftlichen Vermerk möchte er nachgeliefert bekommen, um zu sehen, wo Defizite lägen.

KR Sing bedankt sich bei Frau Steger für ihre Arbeit. Deutschland habe zu wenig Naturschutz- und FFH-Gebiete ausgewiesen. Strafzahlungen drohten, weil die Bundesregierung nicht richtig gearbeitet habe. Auch unter der schwarz-grünen Landesregierung habe die Naturschutzbewegung „abgebaut“. Das Thema solle auf Landesebene wieder verstärkt eingebracht werden. Er frage, ob eine im Allgäu verwendete, technologisch neue Anlage zum Fischeinfang bekannt sei.

KR Aicher dankt KR Bindig für seine Anfrage an den Bundestag. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibe ein Verschlechterungsverbot vor. Dieses habe jedoch nicht nur mit Durchgängigkeit zu tun, sondern müsse in einem größeren

Zusammenhang betrachtet werden. Bei Mooren gehörten beispielsweise Staube-
reiche dazu. Er plädiere dafür, sich zwischen Bund, Land und Landkreis nicht ge-
genseitig die Schuld zuzuschieben.

KR Strubel findet, Frau Steger habe immer klar bekundet, was getan werden müss-
te. Es handele sich um „schwieriges Terrain“.

KR Weiß antwortet KR Bindig, das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbrau-
cherschutz trage einen Teil der Verantwortung zur Umsetzung der EU-
Wasserrahmenrichtlinie. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe diesbezüglich
ebenfalls einiges versucht, auch wenn dies nicht wahrgenommen worden sei.

KR Bindig bekräftigt, die Aufgabe bleibe. 2027 müsse der Bericht nach Brüssel ge-
schickt werden. Man müsse entweder mehr Personal oder ein Landeszuschusspro-
gramm für besondere Fälle einfordern, so wie es dies in Bayern bereits gebe.
Schwierigkeiten müssten überwunden, und nicht nur ausgetauscht werden.

KR Westermayer fordert, Landesumweltminister Untersteller solle Biberschäden
nach Brüssel melden, um eine Entnahmemöglichkeit für die Tiere zu erreichen.
Durch gefällte Bäume erwärme sich das Wasser in der Wolfegger Ach. Dies schade
den Fischen.

KR Sing informiert, beim Regierungspräsidium Tübingen gebe es ein Biberma-
nagement.

Frau Steger ergänzt, bei der Renaturierung von Gewässern spiele neben Durch-
gängigkeit auch das Thema „Struktur“ eine Rolle. Für Gewässer 2. Ordnung seien
die Gemeinden zuständig, für Gewässer 1. Ordnung das Land. Der Biber stelle tat-
sächlich ein großes Problem dar. Alle Reviere seien besetzt, der Druck nehme zu.
Da es viele Konflikte gebe und immer wieder „Wogen geglättet“ werden müssten,
werde es auch auf Landesebene zu Veränderungen kommen. Sie werde dem
Wunsch von KR Bindig nachkommen und das Thema im Haushalt mit Kennzahlen
hinterlegen. Die Verantwortung für das Wasserrecht liege bei den Ländern. Zur
Stärkung der Umweltverwaltung werde der Landkreis je eine neue Stelle für Was-
serwirtschaft und Naturschutz erhalten. Für Wasserkraftanlagen habe das Land ein
Förderprogramm aufgelegt. Fördermittel für Gemeinden seien von 70% auf 90%
erhöht worden. Adressat für Naturschutzgebiete sei das Land Baden-Württemberg.

Außer einer Fischlift-Anlage an der Neumühle sei keine weitere neue technische Anlage bekannt. Eine Exkursion des Ausschusses zu neu fertig gestellten Anlagen im Sommer sei denkbar.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. 0190/2020

Schlachtgeschehen und Tiertransporte im Landkreis Ravensburg – Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2020

Herr Dr. Gayer beantwortet die Anfrage anhand einer PPT-Präsentation.

KR Bindig bedankt sich für die ausführlichen, differenzierten und offenen Antworten.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem § 29 I 4 LKrO

8. 0020/2021

Kiesabbau im Landkreis Ravensburg – Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2021 und Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2021

KR Bindig begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

KR Dr. Dieterich meint, beide Anträge sollten abgelehnt werden. Es sei nicht Aufgabe des Kreises, Unternehmen zu helfen, Kiesabbaugebiete zu finden.

KR Krattenmacher entgegnet, es gehe darum die Konsequenzen der jeweiligen Standorte transparent darzustellen.

KR Schmidinger stimmt KR Dr. Dieterich zu. Solange sich Firmen an Gesetze hielten, seien sie berechtigt, ihre Interessen zu verfolgen. Er fragt, ob über die Anträge entschieden werden solle oder sie als Empfehlung an den Kreistag gedacht seien.

KR Sing erklärt, er sei gegen eine Abstimmung. Das Thema gehöre in den Regionalverband. Das Thema solle jedoch auch nicht unter den Tisch fallen gelassen

werden, da es die Zivilgesellschaft beschäftige. Ein Bürgerdialog solle mit den drei betroffenen Landkreisen und Vorarlberg geführt werden.

Frau Steger verdeutlicht, die Rolle des Landratsamtes sei die der fachlichen Beratung, nicht die der Suche nach Abbaugebieten.

Der Vorsitzende führt aus, die Oktoberbeschlüsse des Kreistags seien im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Offenlegungsverfahren offiziell beim Regionalverband eingereicht worden. Dieser werde sie prüfen und bewerten müssen. Da außerdem sechs Gemeinden eine Alternativenprüfung zum Standort Grund angestoßen hätten, müsse sich der Regionalverband nochmals sehr ernsthaft damit befassen, zumal auch die Diskussion in Politik und Öffentlichkeit sich nochmals fokussiert habe. Er verliest eine Zwischennachricht von Herrn Franke, in der dieser zusagt, die Alternativen nochmals zu prüfen. Allerdings müsse auch die Rechtsposition des Unternehmens mitbedacht werden. Insofern scheine ihm sichergestellt, dass der Regionalverband Nr. 1 und Nr. 2 der Anträge „auf dem Schirm“ habe. Die Rolle der Verwaltung beschränke sich auf Nr. 3. Sobald Informationen vom Regionalverband über Alternativstandorte vorlägen, stehe die Verwaltung „Gewehr bei Fuß“. Am Ende würden alle Alternativen ernsthaft geprüft und bewertet sein.

KR Bindig erklärt daraufhin, seine Fraktion sei bereit, den Antrag zurückzuziehen. Seine Sorge habe der Tatsache gegolten, dass sich die CDU-Fraktion in ihrem Antrag nur auf Grenis konzentriere.

KR Krattenmacher teilt daraufhin mit, seine Fraktion ziehe den Antrag ebenfalls zurück. Er habe den Eindruck, alle Belange würden untersucht.

KR Sing stellt heraus, mit Hilfe von Baustoff-Recycling könne Kiesabbau reduziert werden. Eine Abgabe auf Rohstoffexporte, die vom Bundesbauminister verhindert werde, sei erforderlich. Er fordere eine Zurückstellung des Regionalplans und mehr Bürgerbeteiligung.

Der Vorsitzende entgegnet, die Alternativenprüfung folge fachlichen und politischen Logiken. Probleme im Landkreis Ravensburg sollten auch dort gelöst werden, und zwar in absehbarer Zeit. Sechs Gemeinden hätten angeboten, sich einzubringen. Ob es sinnvoll sei, Gemeinden einzubeziehen, die ihre Beteiligung nicht angeboten hätten, sei fraglich.

KR A. Müller verweist auf den Brief des Ministerpräsidenten zum Kiesabbau. Darin habe auch dieser einer Abgabe auf Kiesexporte eine Absage erteilt und zum Ausdruck gebracht, dass Kiesabbau notwendig sein könnte. Außerdem sei der Regionalverband das zuständige Gremium.

KR Bindig kritisiert, dass es keinerlei Signale der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gebe, etwas gegen übermäßige Kiesexporte zu unternehmen. Zur Verfügung stehende Instrumente würden in keiner Weise ausgeforscht. Die Probleme des Kiesabbaus würden hauptsächlich von der SPD-Fraktion thematisiert. Kiesabbau sei nötig, jedoch nicht in der ausgewiesenen Menge. Es sei nicht Aufgabe der Region, auch noch Voralberg und die halbe Schweiz mit Kies zu versorgen.

Der Vorsitzende hält fest, man sei sich einig, dass sich der Regionalverband dem Impuls des Kreistags aus der Oktobersitzung entsprechend nochmals mit Alternativen befassen solle und dass das Landratsamt das Thema nach Kräften befördere sowie Alternativen zügig naturschutzfachlich bewerte. Auf diese Weise würden die Anliegen in den Anträgen weiterverfolgt. Eine Beschlussfassung sei nicht erforderlich. Beide Fraktionen verzichteten auf eine Abstimmung.

Beratungsergebnis: Anträge zurückgezogen

8.1. 0039/2021

Reduktion Kiesabbau und Förderung von Recycling-Baustoffen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021

KR Sing begründet den Antrag.

KR Bindig wünscht eine Überweisung des Antrags zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss.

KR Dr. Dieterich weist auf die Ersatzbaustoffverordnung hin, die regule, wie Beton zu recyceln sei. Auch die Deponieverordnung sowie § 14 (2) des Kreislaufwirtschaftsgesetzes enthielten relevante Angaben. Er bitte die Verwaltung zu klären, ob die vorgeschriebene stoffliche Verwertung von 70 Gewichtsprozent bei Bau- und Abbruchabfällen bereits erreicht sei. Das Recyclingmaterial müsse dabei ausreichend sauber sein. Auch die Angebotspreise müssten stimmen.

KR Weiß ergänzt, die Ersatzbaustoffverordnung sage nur etwas über Bauschutt, nicht jedoch über Erdaushub. Auch davon seien mehr als 50% wiederverwendbar. Recyclingfirmen blieben zum Teil auf Bauschutt sitzen. Er wünsche sich eine konkrete Betrachtung der Zahlen mit Zielformulierungen.

KR Sing wünscht, noch Potenziale jenseits der in den Baustoffverordnungen festgelegten Mangel zu heben und das Thema Recycling zu forcieren - auch zusammen mit den Landkreisen Bodensee und Sigmaringen.

Beratungsergebnis: einstimmig in zuständigen Ausschuss verwiesen

8.2. 0041/2021

Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis Ravensburg - Nachhaltigkeitsbericht der Landkreisverwaltung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2021, Nr. 3

Beratungsergebnis: einstimmig in zuständigen Ausschuss verwiesen

8.3. 0042/2021

Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis Ravensburg - Mobilitätsstrategie der Landkreisverwaltung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2021, Nr. 5

Beratungsergebnis: einstimmig in zuständigen Ausschuss verwiesen

9. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Frau Steger informiert, bezugnehmend auf die Anfrage der Fraktion FWV vom 02.02.2021, über den Sachstand zum Thema Altdorfer Wald.

KR Bindig möchte wissen, ob eine einstweilige Sicherstellung des Altdorfer Waldes beabsichtigt sei.

Frau Steger antwortet, dafür sei man in der Prüfung noch nicht weit genug fortgeschritten.

Antrag zur Geschäftsordnung durch KR Krattenmacher:

Die öffentliche Sitzung wird jetzt beendet. Die Anfrage der ÖDP-Fraktion vom 02.02.2021 zum Thema Stromversorgung sowie die Anfrage der Kreisräte Weiß und Sing vom 19.02.2021 zum Thema Holzcluster werden vertagt.

Beratungsergebnis zum Antrag: mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme)

Beratungsergebnis zu TOP 9: zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Umwelt und Mobilität am 23.02.2021:
Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

10. 0005/2021

ÖPNV im Landkreis Ravensburg – Konzept für ein neues Regionalbus-system mit flexiblen On-Demand-Verkehren

Beschlussentwurf:

Das ÖPNV-Konzept wird beschlossen und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage den Nahverkehrsplan bis Herbst 2021 neu zu erstellen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen (bei 1 Enthaltung)

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

10.1. 0004/2021

Neuordnung Straßennetz bei Kißlegg

Beratungsergebnis: vertagt

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

11. 0008/2021

Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn Dr. Thomas Heilig

Beschlussentwurf:

Die Amtszeit des Naturschutzbeauftragten Herrn Dr. Thomas Heilig wird um 5 Jahre bis zum 28.02.2026 verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

12. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Thomas Kellenberger

Rudolf Bindig